

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII, 242

Bonn, den 20. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>ERICH OLLENHAUER-HAUS</u>	58
	Verdiente Ehrung zum Abschied	
2 - 3	<u>Versuch einer Bilanz</u>	74
	Zur Schlußsitzung der 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen	
3	<u>Auschwitz</u>	24
	Größter Prozeß der deutschen Nachkriegsgeschichte	
4 - 5	<u>Wissenschaft und Praxis der Entwicklungshilfe</u>	84
	Eine bedeutsame Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung	

Chefredakteur Günter Markscheffel

ERICH OLLENHAUER-HAUS

Verdiente Ehrung zum Abschied

sp - Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat wenige Stunden nach der ergreifenden Beisetzung Erich Ollenhauers einstimmig einen Beschluß gefaßt, der eine verdiente Ehrung des langjährigen SPD-Vorsitzenden ist. Das Parteihaus in Bonn, Friedrich Ebert-Allee 170, wird fortan den Namen ERICH OLLENHAUER-HAUS tragen. Die Partei hat ihrem verstorbenen Vorsitzenden damit auch ein nach außen hin sichtbares Denkmal gesetzt. Hier hat Ollenhauer über ein Jahrzehnt die Geschicke der großen, mehr als 650 000 Mitglieder zählenden, deutschen Sozialdemokratie gelenkt. Was immer in diesem Haus geschieht, es wird mit dem Namen Erich Ollenhauer verbunden sein, jenes Mannes, von dem wir in dieser Woche Abschied nahmen.

Wesen und Wirken Erich Ollenhauers wurden am Tage des Abschieds in einer Weise gewürdigt, die den Verstorbenen in die erste Reihe der Bürger unseres Staates stellt. Seine Treue und Zuverlässigkeit für die Sache der Menschlichkeit lebt als Erbe in der Sozialdemokratie weiter, ist Ansporn und Verpflichtung zugleich für die Fortführung seines Werkes.

In diesem Geist haben seine Freunde und Mitarbeiter in der Parteivorstandssitzung am Abend nach der Beisetzung die Einberufung eines Außerordentlichen Parteitaggs für Mitte Februar 1964 in Bad Godesberg beschlossen. Hier soll, als dem einzigen Punkt der Tagesordnung, die Wahl des neuen Parteivorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter erfolgen.

Ollenhauers große politische Leistung war die Kontinuität sozialdemokratischen Willens in allen Lebensbereichen unseres Volkes. Nie ließ Ollenhauer eine Frage unbeantwortet; er war durch seine Person die Garantie für Beständigkeit und Zielsicherheit.

Dies fortzuführen ist der Sinn des Parteivorstands-Beschlusses. Die Lücke, die Erich Ollenhauer hinterlassen hat, ist schmerzlich; das wissen alle, die ihn kannten. Aber sein Werk in seinem Geist fortzuführen, ist der uns gegebene Auftrag und auch das ihm zum Abschied gegebene Versprechen.

Die Trauer und Ergriffenheit von vielen tausend Menschen, die Erich Ollenhauer zu seiner letzten Ruhestätte begleiteten, die Worte des Gedenkens, die unendlich vielen Zeugnisse eines tief empfundenen Mitleids aus allen Teilen der Welt - das alles gibt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Gewissheit, auf dem richtigen Weg zu sein; es erfüllt sie mit Dankbarkeit für die Ehrenbezeugungen, die Erich Ollenhauer dargebracht wurden.

+ + +

Versuch einer Bilanz

Zur Schlußsitzung der 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen

sp - Die 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen, eine der schwächsten und farblosesten in ihrer bisherigen Geschichte, hat mit einer offener Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking geendet, die stellvertretend für das große China das kleine Albanien führte. Es ging um einen Antrag der immer mehr an Gewicht und Bedeutung zunehmenden afrikanisch-asiatischen Staatengruppe, die Zahl der Mitglieder des Sicherheits-, des Wirtschafts- und Sozialrates zu erhöhen, was der sowjetische Vertreter mit der Begründung ablehnte, es müsse erst die Aufnahme Chinas in die UNO erfolgen, ehe eine Erweiterung der oben genannten Sonderorganisationen erfolgen könne. Dem hat heftig der albanische Delegierte widersprochen, die Sowjetunion hätte kein Recht, durch ihr Veto die Erweiterung zu blockieren und sich dabei auf China zu berufen. Frankreich und der gesamte Ostblock stimmten dagegen, Amerikaner und Briten enthielten sich der Stimme. Sie wollten ihre Haltung nicht festlegen. Der Ostblock stellte sich gegen die Afro-Asiaten, ein beachtenswertes Novum, nur denkbar vor dem Hintergrund des chinesisch-russischen Konflikts.

Im Werben um die nichtgebundene und farbige Welt erwächst dem Krcml nun in Peking ein mächtiger Konkurrent, der sich durch seine Hilfstruppen, Albanien und Kuba, ins Spiel zu bringen weiß. Die afrikanisch-asiatische Staatengruppe läßt sich von Moskau nicht mehr so leicht manipulieren wie in früheren Jahren. Sie steuert einen unabhängigen und manchmal der Sowjetunion entgegengesetzten Kurs. Das sowjetische Veto gegen die Erweiterung der Mitgliederzahl des Sicherheitsrates und anderer Organisationen wurde als Brückierung empfunden, wenn nicht gar als Diskriminierung. Russische Empfindlichkeiten kommen den Chinesen, die sie geschickt auszunutzen verstehen, hier zustatten.

Abgesehen von diesem allerdings bezeichnenden Zwischenspiel verlief die Vollversammlung ruhig. Es gab die üblichen Entschliessungen gegen die Überreste der Kolonialpolitik, es gab nicht die in früheren Jahren so stürmisch verlaufenden Propagandaschlachten zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Die Szenerie hat sich grundlich gewandelt, doch vermag niemand zu sagen, wie lange dieser Wandel anhalten wird. Das Atomteststoppabkommen hat zwar daran weitergeknüpfte Erwartungen nicht erfüllt, immerhin erleichterte es die Atmosphäre. Präsident Johnsons Rede vor den Vereinten Nationen ließ die Bereitschaft erkennen, den wegweisenden Bahnen des ermordeten Kennedy und den Prinzipien seiner Politik zu folgen. Macht und Einfluß der UNO sollen verstärkt, ihren Grundsätzen Geltung verschafft werden, soweit dies in der Kraft der Vereinigten Staaten liegt. Johnson zollte der friedenserhaltenden Rolle der Vereinten Nationen im Kongo und im Mittleren Osten ein hohes Lob und faßte das Kernstück amerikanischer Außenpolitik in dem Satz zusammen: "Wir wissen, was wir wollen, die Vereinigten Staaten wollen die Beendigung des Kalten Krieges, und zwar ein- für allemal!"

Dieser Satz entspricht ganz dem Fühlen und Denken seines Vorgängers Kennedy. Er enthält ein Programm. Johnson hat freilich nicht viel Zeit, ihm verbleibt bis zur Präsidentenwahl nur ein Jahr. Das gibt ihm nicht viel Spielraum zur Entfaltung eigener Initiativen sowohl innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen. Das Tempo des Rüstungswett-

laufs hat sich wohl verringert, doch ist kein Abkommen über eine kontrollierbare Abrüstung in Sicht. Die Kürzung des Militärhaushalts in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten, so begrüßenswert das auch ist, ist kein Ersatz für eine gleichwertige und gleichzeitige Kontrolle. Auf diesem Gebiet sind die beiden Weltmächte und die Vereinten Nationen nicht vorangekommen und Fortschritte in dieser Richtung dürften in unmittelbarer Zukunft nicht zu erwarten sein.

Die sowjetische Delegation legte sich in der 18. Vollversammlung eine außerordentliche Zurückhaltung auf. Die von ihr gewohnte Aggressivität blieb aus. Ein Versuch Gromykos, unterstützt vom polnischen Vertreter, die Bundesrepublik zum Sündenbock abzustempeln, ihr kriegsrische und revanchistische Absichten zu unterstellen, fand in der UNO keine Resonanz und bei den Westmächten entschiedene Ablehnung. Mit dem Gespenst einer angeblichen deutschen Gefahr lassen sich keine weltpolitische Geschäfte mehr machen. Für uns Deutsche besteht freilich eine andere Gefahr. Es macht sich zunehmend bei der Mehrzahl der Mitglieder der Vereinten Nationen ein Desinteresse an der deutschen Frage bemerkbar. Sie wird als lästig und unbequem empfunden. Manche sind bereit, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden. Sie bewegen andere, sie drängende Problemstellungen. Die Anstrengungen deutscher Politik müssen darauf gerichtet sein, die deutsche Frage auf der weltpolitischen Tagesordnung zu erhalten. Hier Versäumnis würde uns einen hohen Preis abverlangen.

+ + +

Auschwitz

Zum größten Prozeß der deutschen Nachkriegsgeschichte

sp - Auschwitz - welch einen Schrecken birgt dieser Ort! Er ist zum Sinnbild dessen geworden, was Menschen, losgelöst von allen Bindungen, Mitmenschen antun können. Nun stehen diese Werkzeuge eines Unrechtsstaates vor Gericht. Es ehrt uns alle, daß Gerichte der Bundesrepublik auf der Suche nach Gerechtigkeit den Mut fanden, die dunkelsten Seiten unserer Vergangenheit aufzuschlagen. Vor dem Blick auf ein unfassbares Geschehen dürfen wir nicht zurückschrecken. Was geschehen ist an Grauensvollem, läßt sich nicht auslöschen. Irgendwie müssen wir damit fertig werden - um der Lebenden und Nachfolgenden willen. Die zu Tode Gequälten, die Vergasteten und Erschossenen verlangen ihr Recht. Ihm Genüge zu tun, ist unser aller Pflicht und Auftrag, soweit es überhaupt menschenmöglich ist.

Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen. Sie kennt das, was im geschändeten Namen unseres Volkes geschah, nur vom Hörensagen. Sie legt andere und strengere Maßstäbe an. Sie, diese junge Generation, befindet sich auf der Suche nach einer höheren Form der Menschlichkeit. Auschwitz bleibt für sie ein schreckliches Beispiel der Entartung und des menschlichen Niedergangs in bodenlose Tiefen. An den jungen Menschen unseres Volkes ist die Verpflichtung fest verankert, mit dazu beizutragen, daß sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen. Was immer auch im Laufe dieses Prozesses zu Tage treten mag - und wir alle müssen auf Furchtbares gefaßt sein - muß in uns allen heilsame Besinnung und Kräfte des Widerstandes gegen das Böse erwecken. Auschwitz lehrt uns, wachsam zu sein.

+ + +

Wissenschaft und Praxis der Entwicklungshilfe

Eine bedeutsame Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

sp - "Kulturabkommen und internationale Verständigung aus der Sicht der heutigen Sozialforschung" war das Thema der Tagung vom 15. - 18. Dezember 1963 in Bergneustadt, die gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für internationale Probleme (SSIP) durchgeführt wurde. Dabei galt die Tagung, an der sich rund 50 Vertreter der Wissenschaft und Praxis des In- und Auslandes beteiligten, in erster Linie den erzählerischen Voraussetzungen bei der Planung internationaler Zusammenarbeit, besonders im Hinblick auf die Entwicklungsländer.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung erschien hier als der geeignete Gastgeber; da sie sich im Rahmen ihrer internationalen Arbeit seit langem besonders um die Herstellung eines partnerschaftlichen Verhältnisses zu den neuen Staaten in Afrika und Asien bemüht. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich insbesondere auf die Ausbildung von akademischem Nachwuchs aus den Entwicklungsländern an deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen, auf die Ausbildung von gewerkschaftlichen Führungskräften aus Afrika, Asien und Latein-Amerika sowie auf die Ausbildung von Genossenschaftlern und Fachleuten aus dem Bereich der Massenmedien. Die Stiftung geht dabei von der Erkenntnis aus, daß gerade die Gewerkschaften und Genossenschaften außerordentlich bedeutungsvoll für den Aufbau freier demokratischer Staaten in den Entwicklungsländern sind. Daneben hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ein besonderes Ausbildungsprogramm für Führungskräfte aus den Entwicklungsländern auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung eingerichtet. Sinn dieses Programmes ist es vor allem, den Verwaltungskräften aus den Entwicklungsländern eine umfassende Kenntnis der Verwaltungstechnik zu vermitteln, um sie in die Lage zu versetzen, mittels einer größeren Erfahrung die Verwaltung ihrer Länder in technischer und organisatorischer Hinsicht zu modernisieren und damit zu stabilisieren. Bei all diesen Anstrengungen geht die Friedrich-Ebert-Stiftung davon aus, daß die Entwicklungshilfe in ihrem Erfolg gefährdet erscheint, wenn sie nicht von einem umfassenden langfristigen Ausbildungsprogramm begleitet ist. Um das Gespräch mit den Führungskräften aus den Entwicklungsländern nicht abreißen zu lassen, legt sie großen Wert auf Nachkontaktseminare in den Entwicklungsländern selbst, die gerade in letzter Zeit besonders ermutigende Ergebnisse erzielt haben.

* * *

Gerade hier, nämlich der Frage nach einer sinnvolleren und intensiveren und langfristiger als bisher angelegten Entwicklungshilfe versuchte die Tagung in Bergneustadt dadurch weiterzuführen, daß sie die Wissenschaft und die Praxis zusammenführte und die Punkte einer besseren gegenseitigen Zusammenarbeit herausstellte. Im Verlauf der Tagung ergab sich immer wieder die Frage: welche Anliegen der Praktiker an die Wissenschaft und welche Möglichkeiten hat die Wissenschaft für die Praxis bei der Vorbereitung von Entscheidungen. Dabei hatte der erste Teil der Tagung den Schwerpunkt auf dem wissenschaftstheoretischen Teil. Es ging um die bessere Analyse der Entwicklungspolitik schlechthin, um den Beitrag der Sozialwissenschaft an der Entwicklungshilfe, um die

Möglichkeiten Leistungs- und Arbeitsverhalten im kulturellen Wandel zu analysieren und schließlich um die Frage, welche Wirkungskontrolle die Wissenschaft über den Meinungsaustrausch zwischen Entwicklungsländern und hochindustrialisierten Länder bieten kann.

* * *

Als zweiter Schwerpunkt kristallisierte sich stets die Frage heraus, wie die Wissenschaft besser im Rahmen der Entwicklungshilfe eingesetzt werden kann. Dabei wurde die mangelnde Kommunikation zwischen der Praxis und der Wissenschaft hervorgehoben. Die Praktiker bedauerten insbesondere den Mangel an praxisnahen Entscheidungsmöglichkeiten von seiten der Wissenschaft. Expertisen seien in der Regel zu lang und in der Sprache zu spezialisiert. Der Praktiker, der stets unter dem Druck einer schnellen Entscheidung steht, ist damit vielfach unersetzbar, wissenschaftliche Untersuchungen zu berücksichtigen. Hier sollte sich die Wissenschaft ihrer besonderen Verantwortung zum Angebot eines übersichtlichen Materials bewußt sein und überdies den Versuch wagen, die kommenden Entwicklungen voranzukunnen, um mit ihren Ergebnissen für den Praktiker zur Stelle zu sein, wenn Entscheidungen von ihm verlangt werden. Ein leidiges Thema war dabei die mangelnde Koordination der einzelnen Wissenschaften. Es wurde festgestellt, daß es noch immer nicht gelungen sei, im interdisziplinären Gespräch einander näherzukommen. Immerhin haben hier gerade die "Pausengespräche" gezeigt, wie sehr man aufeinander und auf eine gemeinsame Sprache sowie gemeinsame Begriffe angewiesen ist.

* * *

Aus der Fülle der prominenten Referenten sei hier auf Prof. Dr. A. Bergsträsser, Seminar für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg, Prof. Klineberg, Actual Trends of the International Cultural Cooperation, Prof. Dr. Ernst Boesch, Psychologisches Institut, Universität des Saarlandes, Dr. Paul Trappe, Institut für Soziologie und soziologisch-ökonomische Entwicklungsfragen der Universität Bern, Ministerialdirektor Dr. Sattler, Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Winfried Böttel, Carl-Duisburg-Gesellschaft, Prof. Dr. W. E. Mühlmann, Institut für Soziologie und Ethnologie der Universität Heidelberg und Prof. Dr. L. Fiechler, Tropenmedizinisches Institut Tübingen, hingewiesen.

+ + +